



Die Stadtverordnetenvorsteherin  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3738  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiterin: Frau Koba  
E-mail: [astrid.koba@wiesbaden.de](mailto:astrid.koba@wiesbaden.de)

1. Den Damen und Herren  
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 07.03.2008

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
der Stadtverordnetenversammlung  
am Donnerstag, 13. März 2008, um 16:00 Uhr,  
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift
2. Mitteilungen
3. Fragestunde
4. **08-F-25-0031**

Projekt "Lebenswertes & stauarmes Wiesbaden"  
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und FDP vom 05.03.2008 -

### Vorbemerkung

Der Tourismus ist für die Landeshauptstadt Wiesbaden unbestritten ein ökonomischer und gesellschaftlicher Faktor von hohem Wert. Um sich in einer Stadt auf Anhub wohl zu fühlen, sind auch

die „weichen“ Standortfaktoren für den Besucher von entscheidender Bedeutung. Einer dieser „weichen“ Faktoren ist die Erreichbarkeit wichtiger städtischer Orte.

Gerade die Entwicklung einer Innenstadt und die damit verbundenen Anforderungen an den städtischen Verkehr sind heute im wesentlichen geprägt durch die gute Erreichbarkeit für alle Verkehrsteilnehmer, die Sicherung des Wirtschaftsverkehrs, die unkomplizierte Erreichbarkeit für jeden Gast der Stadt und die Schaffung differenzierter Stellplatzangebote mit Bewirtschaftung und Parkleitsystem. Hierzu ist es jedoch notwendig, über besondere Ereignisse (z.B. Veranstaltungen) in der Innenstadt zeitnah und aktuell an alle Verkehrsteilnehmer weiterzugeben.

Um dies zu gewährleisten, ist ein Parkleitsystem allein nicht ausreichend. Gerade wenn ein Verkehrsleitsystem auch als aktives Instrument für das Standortmarketing verwendet werden soll, muss das vorhandene Parkleitsystem mit einem Besucher- und Verkehrsinformationssystem ergänzt werden. Diese aktuellen und hochwertigen Informationen an den wichtigsten Stadteingängen ermöglichen dann eine bessere Planung von Fahrten und hilft damit auch, Verkehrsstaus zu verhindern.

Eingedenk dieser Vorbemerkung möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. das zur Modernisierung anstehende Parkleitsystem in Wiesbaden mit einem Besucherinformationssystem zu ergänzen. Dieses Informationssystem soll folgende Komponenten enthalten und die entsprechenden Informationen für die Verkehrsteilnehmer im Bedarfsfall bereitstellen:
  - Großveranstaltungen wie Messen, Sportveranstaltungen, Stadtfeste an den verschiedenen Veranstaltungsorten in Wiesbaden,
  - zeitnah stattfindende Stadtführungen, -rundgänge und -fahrten,
  - aktuelle Ausstellungen und Sonderveranstaltungen,
  - Öffnungszeiten touristisch besonders relevanter Einrichtungen (z.B. Stadtmuseum, Landesmuseum, etc.),
  - das Touristikbüro.
2. darzustellen, wie weitere wichtige Verkehrsinformationen wie z. B. Fahrbehinderungen, Gefahrensituationen, Straßenzustände, zeitbeschränkte Verkehrsbehinderungen oder Verbindungshinweise zu weiteren Verkehrsträgern (ÖPNV) ebenfalls durch dieses System angezeigt werden können,
3. nach einer ersten Vorprüfung ein geeignetes Muster einer in Frage kommenden Informationstafel testweise am Stadtrand einer großen Zufahrtsstraße aufzustellen,
4. hierzu zu prüfen, welche Kosten der Landeshauptstadt Wiesbaden entstünden,
5. darzulegen, welche unterschiedlich gesteuerten Anzeigen auf Hinweistafeln (Laufschrift, wechselnde Inhalte, wechselnde Farbgebung etc.) möglich sind,
6. die Förderungsfähigkeit des Projekts bei den zuständigen Stellen aller politischen Ebenen abzufragen sowie auch eine Finanzierung durch Dritte zu eruiieren und in dem Konzept darzulegen,
7. zu prüfen, in welcher Form die ermittelten Informationen den Bürgerinnen und Bürgern über die Hinweistafeln hinaus z. B. im Internet zur Verfügung gestellt werden können sowie
8. zu prüfen, inwieweit ein modernisiertes Parkleitsystem und das Besucher- und Verkehrsleitsystem zu einem integrierten Verkehrsleitsystem zusammengeführt werden können. Die Leitidee für eine substantielle Verbesserungen an dieser Stelle ist es, vorhandene als auch neu generierte Verkehrsinformationen zu verknüpfen und zusammen in einem integrierten System nutzbar zu machen. Somit wird ein effektives Verkehrsleitsystem geschaffen, das durch dynamische Inhalte wie aktuelle Verkehrsmeldungen oder Verkehrsprognosen dazu beiträgt, die Verkehrsinfrastruktur effizienter zu nutzen und die Umwelt zu entlasten.

## 5. 08-F-01-0032

Kohlekraftwerk Ingelheimer Aue  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 05.03.2008 -

### Vorbemerkung

- Am **8. Februar 2007** hat die Stadtverordnetenversammlung die KMW gebeten ein Moratorium in Kraft zu setzen - diesem Ansinnen wurde nicht gefolgt. Bereits in de damals verabschiedeten Beschluss wurden Fragen zur Wirtschaftlichkeit des Kraftwerks gestellt, die nicht zufrieden stellend beantwortet wurden. Schon in dieser Sitzung waren viele Zweifel an dem geplanten Neubau eines Kraftwerks in den geplanten Dimensionen auf der Ingelheimer Aue geäußert worden.
- Am **15. März 2007** hat die Stadtverordnetenversammlung ihren Beschluss vom 8.2.2007 bestätigt und festgestellt, dass das berechnete Interesse der städtischen Gremien und der Wiesbadener Öffentlichkeit an einer umfassenden Information und ergebnisoffenen Diskussion bei den Mitgliedern des Aufsichtsrats der KMW durch ihre Festlegung auf den Neubau eines Kohlekraftwerks auf der Ingelheimer Aue keine Berücksichtigung gefunden hat.
- Am **10. Mai 2007** hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, möglichst umfassende Einwendungen und Stellungnahmen gegen das Kraftwerk vorzubereiten, um die Interessen der Stadt Wiesbaden und ihrer Bürgerinnen und Bürger wahrzunehmen und eine Anwaltskanzlei zur Begleitung des Verfahrens einzuschalten.
- Am **20. September 2007** hat die Stadtverordnetenversammlung auf ihren Beschluss vom 8.2.2007 hingewiesen und die Beantwortung der darin gestellten Fragen angemahnt. Gleichfalls wurde ein weiteres Wirtschaftlichkeitsgutachten angefordert - das aber der Stadtverordnetenversammlung nicht vorliegt. Die Antworten, die der Umweltausschuss erhalten hat, beantworten nicht die am 8.2. und die 20.9. gestellten Fragen.
- Am **14. Februar 2008** hat schließlich die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, die KMW AG in den Umweltausschuss einzuladen, um spätestens bis zum 15.4.2008 eine Erläuterung des Wirtschaftlichkeitsgutachtens zu erhalten, weil dieses bisher lediglich in Auszügen und dann auch wenig verständlich vorlag.
- Ebenfalls am **14. Februar 2008** hat die Stadtverordnetenversammlung der Stellungnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden zugestimmt, die der Magistrat im Rahmen des Genehmigungsverfahrens der SGD Süd fristgerecht zugeleitet hat. In dieser Stellungnahme (SV 08-V-36-0005) hat die Landeshauptstadt Wiesbaden umfangreiche Vorbehalte gegen das Projekt aufgelistet: Erwärmung des Rheinwassers und Auswirkung auf die Fischpopulation, Beeinträchtigung von FFH-Gebieten, Übermäßiger Ausstoß des Klimaschadgases CO<sub>2</sub>, Beeinträchtigung des Landschafts- und Denkmalschutzes und vor allem die Gesundheitsgefährdung der Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Damit haben die Gremien der Landeshauptstadt Wiesbaden unübersehbar ihre Skepsis gegenüber dem Projekt der KMW AG zum Bau eines 820-MW-Kohlekraftwerks mit einem CO<sub>2</sub>-Ausstoß von ca. 4,5 Millionen Tonnen pro Jahr und einer Investitionssumme von geschätzt mehr als einer Milliarde Euro zum Ausdruck gebracht, so dass es an der Zeit ist - auch hinsichtlich der abgeschlossenen Offenlage und den über 60.000 Einwendungen von Bürgerinnen und Bürgern gegen das Kraftwerk - das Projekt grundsätzlich aus der Sicht der der Landeshauptstadt Wiesbaden zu bewerten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden spricht sich aus Gründen der lokalen, regionalen und globalen ökologischen Gefährdung, der gesundheitlichen Beeinträchtigung der Wiesbadenerinnen und Wiesbadener sowie der äußerst zweifelhaften Wirtschaftlichkeit des Projekts gegen den Bau eines 820-Megawatt-Kohlekraftwerks auf der Ingelheimer Aue aus.
2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert - dem formalen Weg entsprechend - die Vertreter des Magistrats sowie der Fraktionen im Aufsichtsrat der ESWE Versorgungs AG gegen das Kraftwerk zu stimmen und einen Bau- bzw. Planungsstopp zu beantragen. Dies ist aus Sicht der Stadtverordnetenversammlung nicht nur im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt Wiesbaden, sondern auch im Interesse des sich mehrheitlich im städtischen Besitz befindenden Unternehmens ESWE Versorgungs AG.
3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert die ESWE Versorgungs AG auf, alternative Wege der Stromproduktion zu prüfen. Dazu gehört zum Beispiel der Bau eines weiteren Gas- und Dampf-Kraftwerks, vor allem aber die Erarbeitung und Implementierung von Strategien zum Ausbau der erneuerbaren Energien in der Region, wodurch auch dauerhaft Arbeitsplätze bei der KMW gesichert werden können.

## 6. 08-F-25-0030

Stationsentwicklungsplan voranbringen

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 05.03.2008 -

Vorbemerkung:

Der Bahnhof Mainz Kastel hat eine hohe verkehrliche Bedeutung und wurde daher nach dem als Fernverkehrsstation klassifizierten Wiesbadener Hauptbahnhof an höchster Stelle für die Modernisierung der Stationen des Schienenverkehrs auf dem Stadtgebiet Wiesbadens priorisiert. Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV), die Lokale Nahverkehrsgesellschaft (LNG) / ESWE und das Tiefbauamt der Landeshauptstadt Wiesbaden betrieben dazu die gemeinsame Planungen. Die benötigten planerischen Voraussetzungen für die Verwirklichung des Stationsentwicklungsplanes für den Bahnhof Mainz-Kastel sind in der Vergangenheit bereits geschaffen worden.

Darüber hinaus sind weitere infrastrukturelle Maßnahmen der Stationsentwicklung erforderlich. Im Bereich des Bahnhofes Erbenheim ergibt sich aufgrund seiner derzeitigen Lage, Ausstattung und Anbindung an den Ort dringender Handlungsbedarf.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- mit den Arbeiten an Planung und Umsetzung zur Modernisierung des Bahnhofs Mainz-Kastel weiter fortzufahren
- die Arbeiten zur Verbesserung der Situation in Erbenheim unverzüglich aufzunehmen
- einen Zeitplan zur Umsetzung der genannten Maßnahmen zu erarbeiten und diesen den Gremien vorzulegen.

## **7. 08-F-25-0033**

Park und Ride-Parkplätze in Wiesbaden

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 05.03.2008 -

Vorbemerkung:

Insbesondere für die Pendlerströme nach und von Wiesbaden sind die an den Zufahrtsstraßen erstellten P + R Plätze von besonderer Bedeutung. Autofahrer können dort ihren Wagen abstellen und dann mit den regelmäßigen Busverbindungen schnell und problemlos die Innenstadt erreichen - der einfachste Weg für alle Autofahrer, die keinen Parkplatz suchen wollen und trotzdem direkt zu ihrem Ziel in der Wiesbadener City kommen möchten. Gleichzeitig wird somit in nicht unerheblichem Maße der Parkdruck in den innerstädtischen Bereichen reduziert und der Parksuchverkehr verringert.

Ziel ist daher, weitere Angebote zu schaffen und die Parkmöglichkeiten für Pendler mit einem attraktiven ÖPNV-Angebot zu verknüpfen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- die Erweiterung des Park und Ride-Platzes „Kahle Mühle“ zeitnah umzusetzen und die erforderlichen Abstimmungen mit dem Land Hessen als Grundstückseigentümer herbeizuführen,
- weitere Möglichkeiten der Einrichtung von Park und Ride - Parkplätzen im Ortseingangsbereich zu prüfen und über das Ergebnis erneut zu berichten,
- sicherzustellen, dass Park und Ride - Parkplätze tatsächlich nur für Park und Ride und nicht für das dauerhafte Abstellen von PKWs genutzt werden.

## **8. 08-F-04-0002**

Mehr Bioprodukte / Umstellung auf Bio-Kost

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion DIE REPUBLIKANER vom 04.03.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, mehr Bioprodukte, bzw. Umstellung auf BIO-Kost in den städtischen Küchen, insbesondere Krankenhäusern und Kindereinrichtungen einzusetzen.

## **9. 08-F-06-0008**

Städtische Auftragsvergabe nur mit Mindestlohngarantie

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 29.02.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wiesbaden hat dafür Sorge zu tragen, dass in der Stadtverwaltung und bei Unternehmen, an denen die Stadt Wiesbaden beteiligt ist, ein Mindestbruttolohn von 8 Euro pro Stunde gezahlt wird.

Der Magistrat soll darauf hinwirken, dass im Rahmen der städtischen Auftragsvergabe nur an solche Firmen Aufträge vergeben werden, deren Bruttostundenlöhne 8 Euro nicht unterschreiten.

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden spricht sich dafür aus, dass die Vertreter/innen der Landeshauptstadt im hessische Städtetag und anderen Gremien sich dafür einsetzen, dass in der Bundesrepublik Deutschland ein Mindestlohn von 8 Euro brutto pro Stunde nicht unterschritten werden darf.

**10. 08-V-20-0010**

**DL 13/08-3, 12/08-5**

Benennung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für die Betriebskommission des Eigenbetriebs mattiaqua

**ANLAGE**

**11. 08-F-06-0009**

Rückkauf der ESWE-Anteile von Thüga  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 04.03.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, aktiv zu werden mit dem Ziel des Rückkaufs der Anteile von Thüga an der ESWE VersorgungsAG.

**12. 08-F-24-0001**

Wiesbaden als Optionskommune erfolgreich weiter voranbringen!  
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 05.03.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für einen langfristigen Status der Landeshauptstadt Wiesbaden als Optionskommune aus. Die Leistungen des SGB II können durch diese Organisationsform aus einer Hand gewährt werden, die Betreuung der Menschen kann qualifiziert, individuell und passgenau erfolgen und eine dezentrale regionale Arbeitsmarktpolitik wird dadurch ermöglicht.
- Die Stadtverordnetenversammlung fordert daher den Magistrat auf, sich auf Landes- und Bundesebene in den Gremien Städte- und Landkreistag und über die Wiesbadener Landtags- und Bundestagsabgeordneten dafür einzusetzen, dass das Optionsmodell als zukunftsfähiges Modell der Vermittlung von Arbeitssuchenden erhalten bleibt und die bisherigen gesetzlichen Befristungen aufgehoben werden.
- Die Stadtverordnetenversammlung sieht unter dem Aspekt der derzeitigen Befristung des Gesetzes bis zum Jahr 2010 keinen Anlass für übereilte Entscheidungen durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

### 13. 08-F-25-0032

Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter 3 Jahren  
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und FDP vom 05.03.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Jedes Kind hat das Recht auf eine individuelle Förderung seiner Fähigkeiten und die Stärkung seiner Persönlichkeit. Eine frühe Förderung – in der Familie und in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen - ist für Kinder wichtig, denn in der frühen Kindheit werden die Grundlagen für alles spätere Lernen gelegt; die Kinder werden in ihrer sozialen, sprachlichen, emotionalen, kognitiven und psychischen Entwicklung gestärkt.

Die Bedeutung der Familie für das Kind und die erzieherische Leistung der Familien ist sehr groß. Eine qualitativ hochwertige außerfamiliäre Betreuung schafft zusätzlich für alle Kinder - Kinder, die zu Hause eine gute Förderung erhalten sowie Kinder aus schwierigen Familienverhältnissen und sozial benachteiligten Schichten - gerechte Startchancen.

Die Erziehung der Kinder ist natürliches Recht und Pflicht der Eltern. Eltern sollen frei entscheiden können, ob sie ihr Kind zu Hause selbst oder in einer Kinderbetreuungseinrichtung betreuen lassen möchten. Diese Wahlfreiheit setzt allerdings voraus, dass ein guter, bedarfsgerechter Betreuungsmix - in städtischer, freier und privater Trägerschaft, in Betrieben, bei Elterninitiativen - vor Ort zur Verfügung steht. Den Eltern ist darüber hinaus ein qualifiziertes Angebot an Kindertagespflege - Tagespflegeeinrichtungen, Tagesmütter/väter - zur Verfügung zu stellen. Kindertagespflege erfüllt gemäß § 22 SGB VIII denselben Förderungsauftrag wie institutionelle Tageseinrichtungen. Sie zeichnet sich durch eine familienähnliche Atmosphäre aus und stellt somit für Eltern, die für ihr Kleinkind einen familiären Betreuungsrahmen der institutionellen Betreuung vorziehen, die adäquate Betreuungsform dar. Ihr wird im Rahmen des notwendigen forcierten Platzausbaus für Kinder unter 3 Jahren ein erheblicher Stellenwert zukommen.

Eltern benötigen ab dem 2. Lebensjahr des Kindes – nach dem Elterngeldbezug – ein verlässliches, qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot: Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit wird dadurch für Mütter und Väter gleichermaßen verbessert. Eine bedarfsgerechte Infrastruktur in der Kinderbetreuung trägt zudem dazu bei, dass mehr junge Paare sich für Kinder entscheiden.

Der Rechtsanspruch auf ein Betreuungsangebot für alle Kinder vom vollendeten 1. bis zum 3. Lebensjahr soll mit Beginn des Kindergartenjahres 2013 / 2014 bundesweit eingeführt werden. Um die bis 2013 bundesweit verabredete Versorgungsquote von 35 % für den Bereich Tagesbetreuung auch in Wiesbaden zu erfüllen, sind weitere intensive Ausbauschritte in das Betreuungsangebot erforderlich. Der Anteil der Tagespflege an der Betreuung der unter 3-Jährigen, der in Wiesbaden zurzeit bei lediglich 15 % liegt, ist signifikant zu steigern. Bis 2013 ist ein Anteil von mindestens 30 % bei Tagesmüttern und -vätern nachzuweisen.

Der Magistrat wird gebeten,

1.) eine neue, dem Vorhaben Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten vollendeten Lebensjahr angepasste jährliche Ausbauplanung auf der Grundlage des Bedarfsplans nach § 30 Hess. Kinder- und Jugendhilfe-Gesetzbuch vorzulegen. Die Bedarfsermittlung für Wiesbaden ist nach den Angeboten Krippe und Tagespflege zu differenzieren. Der Bedarf und die Nachfrage sind empirisch zu ermitteln.

Seite 8 der Einladung zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. März 2008

2.) dem Krippen-Ausbauprogramm ein „Ausbauprogramm Tagesmütter und Tagesväter für Wiesbaden“ an die Seite zu stellen und bis 30.9.2008 den Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen:

Das Ausbauprogramm Tagesmütter und Tagesväter soll insbesondere folgende Komponenten umfassen:

- Informations- und Werbekampagnen zur Gewinnung neuer Betreuungspersonen
- Ausbau der Qualifizierungs- und Beratungsangebote
- Schaffung eines finanziellen Anreizes für Tagespflegepersonen durch Gewährung von laufenden Geldleistungen gemäß § 23 SGB VIII.

Dabei sind die Empfehlungen zur Kindertagespflege des Deutschen Jugendinstituts bei der Erarbeitung zu Grunde zu legen.

14. 08-V-05-0001

DL 13/08-1, 12/08-2

Neubau Filmhaus Wiesbaden - Finanzierungszuschuss

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.

## Tagesordnung II

1. 08-F-01-0015

Nassauische Touristikbahn

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 13.02.2008 -
- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr Nr. 0049 vom 04.03.2008 -

ANLAGE

2. 08-V-01-0002

DL 09/08-1

Jahresbericht des Seniorenbeirates 2007

3. 08-V-01-0006

DL 12/08-1

Unterstützung des Vereins Nassauische Touristik-Bahn e.V. durch die Gewährung eines Zuschusses

4. 08-V-33-0002

DL 10/08-3

Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln für Integrationsmaßnahmen



- |            |   |                    |
|------------|---|--------------------|
| <b>5.</b>  | <b>08-V-36-0004</b>   | <b>DL 10/08-4</b>  |
|            | Orientierende umwelttechn. Untersuchung im Bebauungsplangebiet "Grünzug Industriepark", WI-Biebrich |                    |
| <b>6.</b>  | <b>08-V-40-0003</b>   | <b>DL 10/08-6</b>  |
|            | Oranienschule; Erweiterung inkl. Sanierung der Verwaltung - Ausführungsvorlage -                    |                    |
| <b>7.</b>  | <b>08-V-40-0004</b>   | <b>DL 10/08-7</b>  |
|            | Werner-von-Siemens-Schule; Mehrkosten Generalsanierung  |                    |
| <b>8.</b>  | <b>08-V-41-0005</b>   | <b>DL 10/08-8</b>  |
|            | Jawlenskypreis / Ausstellung des Preisträgers Brice Marden in 2008                                  |                    |
| <b>9.</b>  | <b>08-V-51-0009</b>   | <b>DL 10/08-10</b> |
|            | Beitragsfreier Halbtagsplatz im vorletzten Kindergartenjahr; Änderung der Kindertagesstättenatzung  |                    |
| <b>10.</b> | <b>08-V-66-0300</b>   | <b>DL 10/08-11</b> |
|            | Nasengasse - Grundinstandsetzung nach Leitungsverlegung   |                    |
| <b>11.</b> | <b>08-V-66-0301</b>   | <b>DL 10/08-12</b> |
|            | Hauptprüfung von Ingenieurbauwerken gemäß DIN 1076 in Wiesbaden                                     |                    |
| <b>12.</b> | <b>08-V-66-0302</b>   | <b>DL 10/08-13</b> |
|            | Hauptprüfung von Ingenieurbauwerken gemäß DIN 1076 in AKK   |                    |
| <b>13.</b> | <b>08-V-66-0305</b>   | <b>DL 10/08-14</b> |
|            | Instandsetzung von Ingenieurbauwerken in Wiesbaden  |                    |
| <b>14.</b> | <b>08-V-66-0306</b>   | <b>DL 10/08-15</b> |
|            | Instandsetzung von Ingenieurbauwerken in AKK  |                    |

## Tagesordnung III

1. **07-V-51-0067** **DL 03/08-1**  
Nachwahl eines stellvertretenden, beratenden Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss
  
2. **08-V-01-0004** **DL 10/08-1**  
Ball des Sports, Ironman Germany 70.3 und Rock und Pop Preis; Umsetzung zu Dezernat III / Wiesbaden Marketing
  
3. **08-V-10-0002** **DL 09/08-2**  
Internistenkongress 2008
  
4. **08-V-10-0003** **DL 10/08-2**  
Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH (SEG); Neubesetzung des Aufsichtsrates
  
5. **08-V-10-0008** **DL 13/08-2, 12/08-3**  
Feierlichkeiten anlässlich "60 Jahre Luftbrücke"
  
6. **08-V-20-0008** **DL 12/08-4**  
Investitionszuschuss an die GWW zur Neugestaltung des Ensembles "Alte Kliniken"
  
7. **08-V-20-0011** **DL 13/08-4, 11/08-1**  
Startphase des Eigenbetriebs mattiaqua; Sachstand und Übergang des ESWE-Freizeitbades
  
8. **08-V-40-0001** **DL 10/08-5**  
Wirtschaftlichkeitsuntersuchung an Wiesbadener Schulen

**ANLAGE**

9. **08-V-41-0007** **DL 10/08-9**

Stadtmuseum Wiesbaden / Auswahl des Architekturbüros

**ANLAGE**

10. **08-V-66-0205** **DL 09/08-3**

Neubau Anbindung Goerdelerstraße - Hydraulische Berechnungen

### Tagesordnung IV

1. **08-V-20-0006** **DL 09/08-1 NÖ**

Zinsrisikomanagement

2. **08-V-20-0007** **DL 09/08-2 NÖ**

Bürgschaft

3. **08-V-20-0012** **DL 12/08-1 NÖ**

Bürgschaft

4. **08-V-20-0013** **DL 12/08-2 NÖ**

Kredite

5. **08-V-80-2308** **DL 10/08-1 NÖ**

Vorkaufsrecht

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin